

Equal Pay Day 04.10.2011

Der **Equal Pay Day** markiert jenen fiktiven Tag im Jahr, an dem Männer bereits jene Summe verdient haben, für die Frauen noch bis zum Ende des Jahres weiterarbeiten müssen.

Dieses Jahr fällt der österreichweite Equal Pay Day auf den 4. Oktober.

Im **Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes** sind die auf politischer Ebene verantwortlichen Politikerinnen sowie die städtischen Frauenbeauftragten vertreten. Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes hat sich zum **Ziel** gesetzt, die **Situation der Frauen unmittelbar vor Ort zu verbessern**. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen, wie ein österreichweites Pfeifkonzert gegen Gewalt an Frauen, Aktionen zum Equal Pay Day und gemeinsam erarbeitete Resolutionen machen den Frauenausschuss zu einer wichtigen Plattform für kommunale Frauenpolitik.

Kommunalpolitik muss immer auch Frauenpolitik sein!

Mehr Informationen unter:

<http://www.staedtebund.gv.at/themenfelder/frauen>



Equal Pay Day 04.10.2011



Equal Pay Day
04.10.2011

**Frauen
sind so gut
ausgebildet
wie nie zuvor.**

Trotzdem
verdienen sie immer noch rund ein
Viertel weniger.

Ein Grund dafür
ist die Besetzung
von Vorständen und
Aufsichtsräten fast
ausschließlich mit
Männern.

**Es darf nicht
ausreichen, ein
Krawattenträger
zu sein, um Karriere
zu machen!**

**Der Frauenausschuss
des Österreichischen
Städtebundes fordert
daher eine
40%-FRAUENQUOTE
zur Besetzung von
Vorständen und
Aufsichtsräten.**

Qualifikation statt Krawatte

➤ Der Qualifikation kann nur über Quotenregelungen zum Durchbruch verholfen werden, wie auch Beispiele aus den skandinavischen Ländern zeigen.

➤ Der Frauenanteil in hohen Unternehmensgremien in Norwegen beträgt dank gesetzlicher Quoten 39%. Die Wirtschaftsdaten dieser Unternehmen sprechen für qualifizierte Frauen in leitenden Gremien.

➤ Internationale Studien zeigen, dass Unternehmen umso erfolgreicher sind, je mehr Frauen in den obersten Führungsetagen vertreten sind.

➤ Unternehmen können sich selbst dazu verpflichten, qualifizierte Frauen zum Zug kommen zu lassen, entsprechende Appelle sind bisher jedoch meist ungehört verhallt. **An verpflichtenden gesetzlichen Regelungen mit Sanktionen bei Nichterfüllung führt daher kein Weg vorbei.**

**Der Frauenausschuss des
Österreichischen Städtebundes
fordert daher:**

**Verpflichtende gesetzliche
40%-Quotenregelungen
zur personellen Besetzung
von Vorständen
und Aufsichtsräten
österreichischer
Kapitalgesellschaften
mit Frauen.**